

Artikel drucken Als E-Mail versenden Artikel schliessen zur Seite



#### von Wolfgang Endlein

Neumarkt. Bürgermeisterin Gertrud Heßlinger (SPD) schnauft, als sie das "böse" Wort hört: Straßenausbaubeiträge. "Keiner ist damit so recht glücklich!", sagt sie und dürfte damit vielen aus der Seele sprechen. Das komplexe Thema ist Anlass zu allerhand Zwißt. Jüngstes Beispiel: Labersricht.

Dort erhielten betroffene Anlieger ein Schreiben der Stadt, dass ein Gehweg gebaut wird - und sie an den Kosten beteiligt werden. "Wir würden ja nichts sagen, dass wir bezahlen sollen. Aber der Gehweg ist nicht sinnvoll", sagte einer Frau, die zusammen mit anderen Labersrichtern einen Brief an das Tagblatt geschrieben hat.

Zum einen habe man in dem verkehrsarmen Ortsteil bislang auch ohne Gehweg gut und sicher gelebt, lautet ein Argument. Zum anderen bringe der einseitige Gehweg kein Sicherheitsplus. Außerdem müssen durch die bestehende Bebauung im Ort und den geplanten Gehsteig die Straße verengt werden. Ein Problem für teils sehr breite landwirtschaftliche Fahrzeuge, die zwangsläufig auf den Gehweg ausweichen müssten.

Bürger sehen Stadt als störrisch an

Die Bürger stören sich aber insbesondere an der ihrer Ansicht nach störrischen Haltung der Verwaltung. Mit dem Verweis auf rechtliche Zwänge beharre diese auf den Bau. "Woran es hier augenscheinlich mangelt, ist der Wille, Möglichkeiten zu nutzen, die Dinge so zu lassen wie sie sich jahrzehntelang bewährt haben - und solche Möglichkeiten gäbe es!", heißt es in dem Leserbrief.

Die gibt es nicht, betont wiederum OB Thomas Thumann. Die Stadt sei müsse ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkommen. Als Verwaltungschef könne er nicht anders handeln, zumal ein Bausenatsbeschluss vorliege und die Rechtsaufsicht im Landratsamt die Sachlage bestätigt habe. "So sehr ich die Bürger auch verstehen kann. Wenn etwas passiert, wären wir als Stadt schuld."

Labersricht ist nur das jüngste von vielen Beispielen, bei denen sich die Bürger gegen Ausbaubeiträge gewehrt haben. Die westliche Altstadt, die Eberhard-Faber-Straße oder die Zimmererstraße sind drei weitere.

Anlass für Stadtrat Werner Thumann (CSU), um zu analysieren: "Das bisherige System der Ausbaubeitragsatzung ist nicht mehr durchsetzbar. Die Bürger lassen sich das nicht mehr gefallen." Thumann sieht es daher an der Zeit, im Stadtrat ausgiebig Alternativen zu diskutieren.

Eine wäre seiner Meinung nach, die in der Ausbaubeitragsatzung festgehaltenen Prozentsätze für die Anwohnerbeteiligung zu senken. Diese liegen bei bis zu 65 Prozent. OB Thumann warnt allerdings, das Potenzial der Stadtkasse auf lange Sicht nicht zu überschätzen. Zudem sei der Neumarkter Prozentsatz im bayernweiten Vergleich schon sehr niedrig.

Eine zweite Alternative zum bisherigen System sieht Werner Thumann in einer jährlichen Umlage, die alle Bürger zu zahlen hätten. Eine Idee, die auch Gertrud Heßlinger gefällt. "Fest steht, wir müssen uns im Stadtrat Gedanken machen. Wir brauchen ein gerechteres System", sagt sie.

Wie viel Kommunikation möglich?

Eben das sei eine Umlage nicht, sind der Rathauschef wie auch sein UPW-Kollege Bernhard Lehmeier der Ansicht. Nämlich gegenüber jenen nicht, die in den vergangenen Jahren ihre Ausbaubeiträge geleistet haben. "Wir sollten dennoch nochmal im Stadtrat abklopfen, ob so was möglich ist", sagt hingegen Johanna Stehrenberg (Grüne), die ein ähnliches System aus Nordrhein-Westfalen kennt.

Dass viele Bürger sich oftmals der Möglichkeit nicht bewusst sind, dass sie einmal zur Zahlung von Ausbaubeiträgen verpflichtet sein könnten, bringt einige Stadträte zum Punkt der Kommunikation. Diese müsse man von Seiten der Stadt gegenüber den Bürgern verbessern, sagen unisono Lehmeier, Heßlinger, Stehrenberg und auch Johann Gloßner (FLiZ).

Heßlinger erwägt, die Bürger unter Vorbehalt eines nötigen Stadtratsbeschluss schon vor einem solchen über mögliche Bauprojekte zu informieren. OB Thumann ist aber überzeugt: "Zuerst muss der Stadtrat beschließen, vorher können wir niemanden informieren".

"Reden beruhigt die Menschen", hält Lehmeier fest. Wer es nicht tut, habe nachher nur noch mehr Arbeit. Doch auch Kommunikation kostet Arbeitszeit, betont der Rathauschef. Er sei sehr für Kommunikation mit den Bürgern. In Labersricht habe er zudem auch einen Ortstermin mit Bürgern gehabt. "Aber es gibt auch eine Grenze der Machbarkeit", sagt der Rathauschef mit Verweis auf die Handlungsfähigkeit der Verwaltung.

Mit Blick auf diese hat er auch noch etwas in Richtung Stadträte zu sagen: "Die Bürger haben den Stadtrat gewählt, damit er für sie Entscheidungen trifft. Zu diesen sollte man dann auch im Nachhinein stehen".

Den vollständigen Leserbrief finden Sie auf [www.mittelbayerische.de](http://www.mittelbayerische.de).

Die Schilder zeigen es an: Bald geht es mit den Gehwegbauarbeiten in Labersricht los. Foto: Dennerlohr

Artikel drucken Als E-Mail versenden Artikel schliessen zur Seite

